



CDU

Arnulf von Eyb MdL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

Nicht nur die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus, in diesem Jahr wird natürlich nicht nur der Bundestag neu gewählt, das Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wählen neue Länderparlamente. In mehreren Mitgliedsstaaten werden neue Parlamente gewählt, darunter Griechenland. Den Anfang machen jedoch in der kommenden Woche die Niederlande. Dann wird sich zeigen, ob rechte bzw. rechtspopulistische Parteien in einem weiteren Land deutlichen Zuwachs verbuchen können. Dies steht leider zu befürchten, sofern man den aktuellen Umfragen Glauben schenken kann.

Türkischer Wahlkampf in Deutschland?

Für noch sehr viel mehr Aufsehen sorgt jedoch aktuell nicht eine Wahl, bei der es um politisches Personal geht, sondern eine Volksabstimmung im April zu einer geplanten Verfassungsänderung. Sollte das Referendum eine Mehrheit finden, wird das parlamentarische Re-

gierungssystem durch ein präsidentiales ersetzt. Dies ist an für sich nicht per se antidemokratisch – Frankreich oder die USA haben ebenfalls ein Präsidialsystem. Es kommt auf die Ausgestaltung an, so ist die Gewaltenteilung in der Türkei nicht klar geregelt. Dies, verbunden mit mehr Macht für den Präsidenten kann dazu führen, dass weitere demokratische Elemente abgeschafft werden können. Eine Pressefreiheit etwa gibt es dort schon lange nicht mehr, die Verhaftung Deniz Yücel ist nur das jüngste Beispiel einer bereits langen Reihe von Verhaftungen, Redaktionsschließungen usw. Dass die Verfassungsänderung die Situation eher verschlechtern als verbessern, ist zwar nicht sicher, aber sehr wahrscheinlich.

Der Wahlkampf oder vielmehr das Werben der türkischen Regierung findet auch in Deutschland statt, klar, dass Präsident Erdoğan und seine Mitstreiter nicht auf die Stimmen von etwa zwei Millionen in Deutschland lebenden türkischen Wahlberechtigten verzichten wollen. Für die abge-

sagten Auftritte wurde Deutschland daher von türkischer Seite scharf und in der Wortwahl unangemessen kritisiert. Die Stadt Gaggenau ist als positives Beispiel vorangegangen, hat aus der Sicherheitslage heraus entschieden, die Durchführung Veranstaltung mit dem türkischen Justizminister nicht gestatten zu können, zumal im Vorfeld falsche Angaben zu Größe und Umfang gemacht wurden. Hieraus Nazi-Praktiken abzuleiten ist schlicht unverschämt. Aber auch für Gaggenau selbst war dies kein leichter Schritt, umso wichtiger ist, dass das Land Baden-Württemberg eng mit den Kommunen zusammenarbeitet, wie in diesem Fall geschehen. Bisher war es Praxis Deutschlands, Wahlkampfauftritte ausländischer Politiker zuzulassen oder zumindest zu dulden, dies wird nun in Frage gestellt. Einen Anspruch haben aber weder türkische noch andere Politiker. Natürlich kann man dies einfach verbieten, ob dies zielführend wäre, ist allerdings fraglich. Mal abgesehen von den vorauszusehenden beleidigten Reaktionen türkischer Politiker tun wir gut daran, an

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL
Schloß 2
74677 Dörzbach
Tel.: 07937-8033118
Email: info@arnulf-von-eyb.de
www.arnulf-von-eyb.de





CDU

Arnulf von Eyb MdL

unseren Grundrechten festzuhalten und freie Versammlung sowie Meinungsäußerung zu respektieren. Das hindert uns nicht daran, uns argumentativ mit der türkischen Politik auseinanderzusetzen und unsere Meinungen hierzu kundzutun. Wir sollten dies auch tun, denn zuzusehen, wie demokratische Strukturen in einem Land, mit dem uns in der Vergangenheit wie in der Gegenwart vieles verbindet, abgeschafft werden, wäre nicht im Sinne eines demokratischen und vor allem auch rechtsstaatlichen Verständnisses.

Immer wieder Unruhe bei der AfD

Das aktuelle Gebaren der AfD, welches ich auch in meinem Beitrag der CDU intern Hohenlohe in der März/April-Ausgabe anspreche, sorgt nach wie vor für Befremden. Bei der Frage nach der Rückzahlung von Geldern kursieren sehr unterschiedliche Berichte. Erst behauptete der Fraktionsvorsitzende Meuthen, seine Fraktion habe die zur Zeit der zwischenzeitlichen Spaltung der AfD-Fraktion zusätzlich bezahlten Zulagen zurückgezahlt, dann

stellte sich heraus, dass erst Teile davon zurücküberwiesen wurden. Das Ganze sei keine Lüge, sondern lediglich ein Irrtum gewesen. Nun heißt es auf einmal gar, zwei Fraktionen seien sogar günstiger gewesen. Dies steht zu bezweifeln, mal abgesehen davon, dass sich die AfD derzeit vornehmlich dadurch hervortut, mit internen Auseinandersetzungen aufzufallen statt mit konstruktiver Politik.

Keine Chaostage in Stuttgart

Grün-schwarze Chaostage, so hat die SPD die aktuelle Debatte im Landtag am Donnerstag betitelt. Dass es wir mit unserem Koalitionspartner nicht immer einer Meinung, wie jüngst am Beispiel der Innenpolitik zu sehen sind, ist zweifellos korrekt und auch richtig so, denn wie es unser Fraktionsvorsitzende so treffend ausdrückte, war die Koalition keine „Liebesheirat“. Das hindert uns jedoch nicht daran, trotz diverser Auseinandersetzungen vernünftig miteinander umzugehen und zusammenzuarbeiten. In jede Meinungsverschiedenheit gleich einen Streit hineinzuzeichnen ist ein typisches

Gebaren der Opposition, das jedoch nicht den Tatsachen entspricht.

Ein gutes Signal in Richtung Bildung – die Bildungsstudie war schon Thema im letzten Newsletter – ist, dass das Land künftig die freien Schulen stärker fördert. 80 % der Kosten wird das Land übernehmen. Auch wenn die letzten Punkte noch nicht geklärt sind, wird das in den nächsten Wochen sicher geschehen. Mit den zusätzlichen Mitteln erfüllen wir eins der im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele, die wir in unsere Schüler und damit in unsere Zukunft investieren.

Ihr

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:
Arnulf Freiherr von Eyb, MdL
Schloß 2
74677 Dörzbach
Tel.: 07937-8033118
Email: info@arnulf-von-eyb.de
www.arnulf-von-eyb.de

